

Vorträge und Miszellen

»Und das ist Badens Glück« Singen und der Zentralhegau werden badisch¹

Von Roland Kessinger, Weinheim (Bergstraße)

Dieser Vers aus dem Badnerlied bringt so wunderbar die badisch-schwäbische Kabale und Liebe zum Ausdruck, die im Folgenden eine große Rolle spielen wird. Heute ist man in Singen und Umgebung sehr stolz darauf, Badener zu sein. Aber das war nicht immer so. Erst vor genau 200 Jahren, 1810, wurden Singen und der zentrale Hegau badisch und das war durchaus Badens Glück. Bis heute hat dieser Herrschaftswechsel einen entscheidenden Einfluss auf die Geschichte und das Selbstverständnis des Hegau. Stellen Sie sich aber einmal vor, der Hegau wäre nicht badisch, sondern schwäbisch! So bitter das auch gerade für viele Fastnachter im Hegau sein mag, ganz so abwegig ist diese Vorstellung gar nicht. Denken Sie etwa an das Schwäbische Herzogtum des Mittelalters, das von den Vogesen bis an den Lech und fast vom Comer See bis nach Cannstatt reichte. Und mittendrin der Hegau! Für die Menschen des Mittelalters und der Frühen Neuzeit war es daher überhaupt keine Frage, dass der Hegau in Schwaben lag. Auch in der Zeit um 1800, mit der wir uns heute befassen wollen, war das noch so. Unsere Region lag für die Hegauer damals selbstverständlich in Schwaben und die Hegauer waren sogar sehr stolz darauf, Schwaben zu sein. Aber dann überschlugen sich die Ereignisse.

»Am Anfang war Napoleon«, wie der deutsche Historiker Thomas Nipperdey einmal schrieb. Er brachte damit griffig zum Ausdruck, dass Napoleon für einen kompletten Neuanfang der deutschen Geschichte steht. Dies gilt auch für die Geschichte unserer Region. Was vor Napoleon war – das alte deutsche Reich – ist heute meist in Vergessenheit geraten. Dennoch prägt es auch unseren Hegau bis auf den heutigen Tag.

Die Habsburger in Schwaben

»Am Anfang waren die Habsburger in Schwaben«, möchte man Nipperdey entgegen halten. So ist die Geschichte des Hegau auch untrennbar mit der wechselvollen Geschichte der Habsburger verbunden. Schon seit dem Ende des 13. Jh. hatten sich die Habsburger hier festgesetzt und drückten der Region von nun an ihren Stempel auf. Bereits um 1300 verschafften sie sich Herrschaftsrechte in den Städten Radolfzell und Aach. Der größte Coup gelang ihnen aber 1461/65, als sie die Landgrafschaft Nellenburg erwerben konnten. Damit kamen größere Gebiete rund um Stockach und Singen unmittelbar unter österreichische Herrschaft. In einem

1 Überarbeitete Fassung des Vortrags auf der Mitgliederversammlung des Hegau-Geschichtsvereins am 27. Februar 2010 in der Stadthalle Singen

viel umfangreicherem Gebiet, das in etwa dem heutigen Landkreis Konstanz entspricht, übte Österreich nun aber auch die hohe Jurisdiktion und etliche weitere Rechte, wie Zoll, in permanenter Konkurrenz zu Reichsrittern und anderen Reichsständen aus. Die ausgesprochen komplizierte Situation und die vielfach umstrittene »Landeshoheit« im Nellenburgischen sollten um 1800 noch für viel Verwirrung und Reibereien sorgen.

In den 1760er Jahren fasste Österreich seine Gebiete westlich von Tirol in der Provinz Vorderösterreich zusammen. Die neue Provinz bestand aus den drei Komplexen Breisgau, Schwäbisch-Österreich und Vorarlberg. Die Landgrafschaft Nellenburg gehörte dabei zu Schwäbisch-Österreich. Es war also rund um Singen um 1800 noch selbstverständlich, dass man in Schwaben lebte, denn sogar die Regierungsstellen bezeichneten die Gegend so!

Spätestens seit den 1780er Jahren spielte Wien mit dem Gedanken einer großen Flurbereinigung im deutschen Süden, begünstigt vom Denken eines Zeitalters, in dem das Länderschach immer üblicher wurde. Bei den Projekten standen Vorderösterreich oder zumindest Teile davon ausdrücklich zur Disposition. Ein Konzept sah etwa den Tausch gegen Bayern vor. Damit wurde Vorderösterreich für die Habsburger schon in den 1780er Jahren zur Verhandlungsmaße und zum Tauschobjekt. Napoleon war also nicht der erste, der darüber nachdachte, die staatliche Vielfalt im Südwesten des Reiches aufzulösen. »Am Anfang war Napoleon«, gilt hier ausnahmsweise einmal nicht. Der gedankliche Rückzug Österreichs aus der alten habsburgischen Position in Schwaben hatte schon begonnen, ehe sich die Ereignisse bald überschlugen. Einfach so aufgeben wollte Österreich die Region aber auch nicht. Der Anstoß für den endgültigen Rückzug der Habsburger aus Schwaben musste von außen kommen.

Die Französische Revolution

Den entscheidenden Impuls lieferte schließlich die Französische Revolution von 1789. Nach einer kurzen Anfangsphase war die französische Revolutionsarmee in den ab 1792 ausbrechenden Koalitionskriegen sehr erfolgreich. Militärischer Hauptgegner Frankreichs war zunächst Österreich, die Schutzmacht des Hegau. Allein, gegen die neue Massenarmee der Franzosen ließen sich zunächst kaum Mittel finden. So rückte die Revolutionsarmee 1796, 1799 und 1800 auch drei Mal in den Hegau vor. Die jahrlangen Kämpfe endeten schließlich mit einem entscheidenden französischen Sieg in der Schlacht von Hohenlinden nahe München im Dezember 1800. Im anschließenden Frieden von Lunéville vom 9. Februar 1801 musste Österreich seine Niederlage anerkennen. Allerdings war der Hauptverlierer dieser Auseinandersetzung das Heilige Römische Reich, das sich seit 1793 ebenfalls mit Frankreich im Krieg befand.

Der Frieden von Lunéville

Es stellte sich nun die Frage, wie die Französische Republik in ein Europa der Monarchien sicherheitspolitisch einzubauen sei. Schon ab 1792 war in Frankreich die Idee der »natürlichen Grenze« entstanden. Das Land sollte bis an natürliche Geländehindernisse heranreichen, um so die Verteidigung des Landes zu vereinfachen. Diese natürlichen Grenzen sollten u. a. der Rhein und die Alpen bilden. Zusätzlich schufen die Franzosen im Vorfeld dieser natürlichen Grenzen Tochterrepubliken als Sicherheitsstreifen und Pufferzonen gegen die Monarchien. Offen blieb aber zunächst die Frage, was mit Deutschland geschehen sollte.

Schnell wurde klar, dass die französischen Machthaber mit den alten Herrschern im Reich kooperieren wollten. Treibende Gestalt hinter den Verhandlungen wurde bald der französische Revolutionsgeneral Napoleon Bonaparte, der im November 1799 durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen war. In Italien hatte er als General Republiken installiert, mit Deutschland aber hatte er anderes vor. Wie auch die Zerstörung des Hohentwiel ab Herbst 1800 zeigt, war die militärisch-politische Absicherung des Rheins für Frankreich ein ausgesprochen wichtiges Kriegsziel. Im Frieden von Lunéville forderte Frankreich daher das linke Rheinufer, das

es auch zugesprochen bekam. Für mehr als zehn Jahre folgte die Grenze Frankreichs nun dem Rhein von Basel bis Holland. Als Köder für die Erlangung der Rheingrenze bot Frankreich schon frühzeitig ein Tauschgeschäft an: Die weltlichen Reichsstände, die links des Rheins Gebiete an Frankreich verloren hatten, sollten rechts des Rheins mit Kirchengut entschädigt werden. Frankreich griff damit eine aufklärerische Idee auf, die auch schon in Deutschland Anhänger gefunden hatte: das Prinzip der Säkularisation, also der Enteignung der Kirche durch weltliche Herren. Traditionell war die katholische Kirche des Reiches eine starke Stütze des deutschen Kaisers, aber Kaiser Franz II. kämpfte nicht entschieden genug gegen die Säkularisation, auch weil er sich dadurch eine Arrondierung seines österreichischen Gebietes erhoffte. Obwohl die Totalsäkularisation zur 1:1-Entschädigung der weltlichen Reichsstände gar nicht notwendig gewesen wäre, brach die Reichskirche ohne Unterstützung des Kaisers erstaunlich geräuschlos innerhalb kurzer Zeit vollständig zusammen. Eine Reichsdeputation sollte in Regensburg nun über die Verteilung der geistlichen Gebiete beraten. Das ganze Geschäft der Entschädigung wurde 1802 aber vor allem von Frankreich und Russland gesteuert, die dabei ihre Position als Garantiemächte der Reichsverfassung nutzten.

Den französisch-russischen Entschädigungsplan nahm die Reichsdeputation im sogenannten Reichsdeputationshauptschluss (RDHS) vom 25. Februar 1803 weitgehend unverändert an. Dem Vorschlag der Reichsdeputation stimmte der Reichstag am 24. März 1803 zu und den RDHS ratifizierte der Kaiser als letztes Reichsgesetz am 27. April 1803. Neben der vollständigen Auflösung der weltlichen Territorien katholischer Amtsträger im Reich sah der RDHS auch die Aufhebung fast aller Reichsstädte vor. Österreich musste im RDHS den Breisgau und die Ortenau aufgeben. Andererseits erhielt der Kaiser durch den RDHS ein kompaktes Gebiet in Nordostitalien, was auch den Verlust des kaum zu verteidigenden Außenpostens der Österreichischen Niederlande, dem heutigen Belgien, erleichterte. Die Habsburger hatten damit zwar keine Vergrößerung, aber immerhin eine Arrondierung ihres Staatsgebiets erzielt. Frankreich erreichte durch die Verdrängung Österreichs vom Rhein ebenfalls ein wichtiges Kriegsziel. Frankreich wollte aber alle starken Reichsstände vom Rhein entfernen. So verlor auch Bayern den rechtsrheinischen Teil der Kurpfalz an den neuen Partner der Franzosen am Oberrhein: die Markgrafschaft Baden.

Die Geschichte Badens in jenen Jahren ist eng mit dem Namen des Freiherrn Sigismund von Reitzenstein verbunden. Reitzenstein erkannte schon frühzeitig, dass ein konsequenter Anschluss der kleinen Markgrafschaft am Oberrhein an Frankreich immense Vorteile bringen konnte und positionierte sein Land früh als Partner der Franzosen. Schon am 22. August 1796 schloss er einen Sonderfrieden mit Frankreich, den der reichstreue Markgraf Karl Friedrich von Baden erst 1797 ratifizierte. Damals schon wurde Baden als Entschädigung für linksrheinisches Gebiet u. a. das Hochstift Konstanz angeboten.

Es dauerte zwar noch einige Jahre, bis es dann wirklich soweit war, doch Baden wurde in den nächsten Jahren tatsächlich zum bevorzugten Partner der Franzosen. Dies hatte mehrere Gründe. Zum einen galt der greise badische Herrscher Markgraf Karl Friedrich (1728–1811) als ein in ganz Europa geachteter aufgeklärter Herrscher. Damit war er für Napoleon ein akzeptabler Partner. Zum anderen war das badische Herrscherhaus um 1800 eng mit dem russischen Zaren Alexander I. verwandt und dieser setzte sich beim Entschädigungsgeschäft sehr für seine Verwandtschaft ein.

Mit dem RDHS erhielt Baden neben dem rechtsrheinischen Teil der Kurpfalz mit Heidelberg und Mannheim auch die rechtsrheinischen Gebiete der Hochstifte von Speyer, Straßburg und Basel zugesprochen. Somit wuchs die Markgrafschaft enorm entlang des Oberrheins. Mit dem RDHS stieß Baden aber auch zum ersten Mal in seiner Geschichte territorial an den Bodensee und in den Hegau vor. Baden erhielt hier das Hochstift Konstanz mit großen Teilen der Höri und Rielasingen sowie das Reichsstift Salem und das Reichsstift Petershausen mit den

Hegauer Herrschaften Münchhof bzw. Hilzingen. Außerdem bekam Baden in der Bodenseegegend noch die Reichsstädte Überlingen, Pfullendorf und Biberach/Riss zugesprochen.

Während der territoriale Ausbau Badens entlang des Oberrheins einem konsequenten geostrategischen Plan Frankreichs folgte, scheint der Erwerb der Herrschaften am Bodensee doch eher zufällig erfolgt zu sein. Jedenfalls zeigen die Ereignisse der kommenden Jahre, dass es für das westliche Bodenseegebiet keine durchgängigen französischen Pläne gab. Aber die geistlichen Herrschaften sollten vollständig säkularisiert werden, so dass für jedes kirchliche Gebiet ein neuer Besitzer gefunden werden musste. Der territoriale Vorstoß Badens an den Bodensee gelang daher wohl v. a. mangels Alternativen. Württemberg etwa hatte bis zuletzt noch gegen Frankreich gekämpft, so dass der reichstreue württembergische Herzog Friedrich I. 1803 nur einen geringen Gebietszuwachs erhielt. Gleich ob planmäßig oder nicht – der badische Vorstoß an den Bodensee in Folge des RDHS wurde für die weitere Geschichte des Hegau entscheidend.

Baden am Bodensee

Baden fasste seine verstreuten Neuerwerbungen im Hegau und Linzgau zum »Fürstentum am Bodensee« zusammen. Wichtig war außerdem, dass das Haus Baden durch die Säkularisation die ehemals kirchlichen Gebiete als persönlichen Besitz erhielt. Nicht der Staat Baden wurde so entschädigt, sondern der Markgraf als Privatmann. So trat das Haus Baden hier nicht nur die Landesherrschaft an, sondern erhielt auch Einkünfte und Gebäude als persönlichen Besitz. Baden setzte sich also 1803 am Bodensee fest, Württemberg hingegen war noch nicht ans »Schwäbische Meer« vorgestoßen.

Doch zunächst hatte Baden mit seinen Neuerwerbungen am Bodensee wenig Freude. Der Grund hierfür war Österreich, das im Nellenburgischen die Landeshoheit beanspruchte. Österreich sah die hier säkularisierten Gebiete als durch den RDHS herrenlos gewordenes Lehengut an und stellte sie unter Sequester (Zwangsverwaltung). Ein badischer Einspruch beim Reichstag und in Wien erreichte immerhin die Herausgabe der Konstanzer Besitzungen, doch blieb für die ehemals zum Kloster Petershausen gehörenden Besitzungen im Amt Hilzingen und die ehemals Salem'schen im Amt Münchhof der Sequester bestehen. Die Vorgänge im Hegau waren aber kein Einzelfall. Denn Österreich war keineswegs gewillt, seine Position in Schwaben gänzlich zu räumen. Im Gegenteil, mit dem RDHS betrieb Österreich auch gezielte Territorialpolitik. Durch Einverleibung von 19 säkularisierten Klöstern in Oberschwaben entstand ein territorial nahezu geschlossener österreichischer Komplex rund um das Nordufer des Bodensees. Österreich berief sich dabei auf das sog. Epavenrecht (Epaven = Trümmer) und wurde damit vorübergehend zum größten Landesherren in Oberschwaben.

So blieb also Österreich im Hegau zunächst mächtig präsent. Den Druck Habsburgs bekam Baden 1805 nochmals zu spüren als die Österreicher im Nellenburgischen auch das zur ehemaligen Reichsstadt Überlingen gehörende Amt Sernatingen (heute Ludwigshafen) besetzten. Österreich war also nach 1803 keinesfalls gewillt, sich kampflos und ohne Kompensationen aus Schwaben zurück zu ziehen. Doch erneut überschlugen sich die Ereignisse.

Denn obwohl der RDHS formal noch auf dem Boden des Reichsrechts stand und u. a. Baden und Württemberg die Kurwürde brachte, schritt der Auflösungsprozess des Reiches, den der Kaiser mit initiiert hatte, nun weiter voran. Dies lag auch daran, dass für den Erhalt des Reiches kaum mehr ein mächtiger Herrscher, den Kaiser eingeschlossen, wirklich kämpfte. Andererseits trieb aber auch Napoleon die Entwicklung weiter voran. Im Dezember 1804 ließ er sich zum Kaiser der Franzosen krönen. Durch sein Bekenntnis zur Monarchie konnte ihn der alteuropäische Adel als Partner besser akzeptieren. Die Revolution war nun überwunden und gezähmt. Die Krönung Napoleons zum Kaiser der Franzosen war aber auch ein Angriff auf den deutschen Kaiser. Kaiser Franz II. spürte diese Bedrohung und nahm 1804 als Franz I. vorsorg-

lich auch den Titel eines erblichen Kaisers von Österreich an. Schließlich schuf Napoleon 1805 aus der Italienischen Republik ein Königreich und setzte sich selber dessen Krone auf. Damit wandelte er eindeutig auf den Spuren Karls des Großen. Diesen Einbruch in seine italienische Interessensphäre wollte sich der habsburgische Kaiser nun nicht mehr bieten lassen und erklärte im Sommer 1805 Napoleon kurzerhand den Krieg.

Das Ende des alten Reichs

Entscheidend war nun, wie sich die süddeutschen Staaten im neuerlichen Konflikt verhalten würden. Noch waren die süddeutschen Fürsten ja Reichsstände und durften gegen ihren Kaiser laut Reichsgesetzen eigentlich keinen Krieg führen. Doch Bayern als größter Staat im Süden des Reiches wurde am heftigsten von Napoleon umworben und ging als erstes ein Bündnis mit ihm ein. Für das schwache Baden gab es kaum Optionen. Es war dem Zugriff Frankreichs hilflos ausgesetzt und Österreich konnte ihm keinen militärischen Schutz bieten. So trat Baden ebenfalls bald einem Bündnis mit Napoleon bei, ohne dafür große Zusagen zu erhalten. Dafür war seine Position zu schwach. Anders lagen die Dinge bei Württemberg. Kurfürst Friedrich II. zögerte als echter Reichspatriot am längsten. Noch im letzten Krieg hatte er treu an der Seite Österreichs gekämpft. Erst nach einer persönlichen Unterredung mit Napoleon Anfang Oktober 1805 trat Friedrich dem Bündnis mit Frankreich bei. Dafür machte ihm Napoleon große Zugeständnisse und Friedrich erhielt die Zusage, im Falle eines französischen Sieges die alleinige Herrschaft in Schwaben übernehmen zu dürfen. Nachdem sich Napoleon das Aufmarschgebiet in Süddeutschland gesichert hatte, schlug er seinen Gegner schnell vom Felde.

Kaiser Franz II. musste daher am 26. Dezember 1805 in den Frieden von Pressburg einwilligen. In diesem Frieden verzichtete der habsburgische Kaiser unter anderem auf alle seine Besitzungen in Süddeutschland. Es war nun klar, dass die ehemals österreichischen Gebiete im Süden des Reiches vollständig unter den drei süddeutschen Verbündeten Napoleons aufgeteilt würden. Bayern wurde als wichtiger Barrierestaat gegen Österreich stark ausgebaut und erhielt ganz Tirol sowie einen Teil der Landgrafschaft Burgau in der Nähe von Ulm. Baden hingegen bekam den Breisgau und die Ortenau zugesprochen und wurde so weiter zum französischen Sicherheitswall und Aufmarschgebiet am Oberrhein geformt. In Schwaben aber wurde Württemberg der große Gewinner. Fast ganz Schwäbisch-Österreich fiel an Württemberg. Mit Schwäbisch-Österreich kam auch die österreichische Landgrafschaft Nellenburg an Württemberg. Für Baden war dies eine große Enttäuschung. Immerhin besaß man ja bereits Gebiete am Bodensee und erhoffte sich nun eine Abrundung durch die Landgrafschaft Nellenburg. Doch als Reitzenstein am 17. Dezember 1805 in Wien eintraf, um Napoleon seine Pläne vorzutragen, hatten die Württemberger bereits ihre Zusagen erhalten. Für Baden blieb am Bodensee nur die österreichische Stadt Konstanz und das Gebiet der Deutschordenskommende Mainau auf dem Bodanrück und rund um Blumenfeld übrig. Im Jahre 1805 konnte also Württemberg seinen jahrhundertenalten Konkurrenten Österreich aus Schwaben verdrängen. Außerdem rückte Württemberg durch die Südexpansion von 1805 näher an die Schweiz. Neben der Landgrafschaft Nellenburg fielen zunächst auch Villingen und Bräunlingen an Württemberg, ebenso wie die Grafschaft Bonndorf an der Schweizer Grenze. Die Schweiz ihrerseits war damals ein wichtiger Handelspartner für Oberschwaben, weil dorthin v. a. Getreide und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse exportiert wurden. So lockten mit den Neuerwerbungen im Süden Schwabens wie dem Nellenburgischen für Württemberg auch wirtschaftliche Vorteile.

Der Herrschaftswechsel selbst wurde im Nellenburgischen von der Bevölkerung weitgehend emotionslos hingenommen. Man hatte in den letzten Jahren ja oft genug am Beispiel anderer erfahren, wie schnell man zum bloßen Tauschobjekt werden konnte. Schon 1801 befürchtete der Singener Oberovogt Johann Nepomuk Müller, dass sein Dorf an einen neuen Herrn fiele. Es war in der Bevölkerung wohl auch schon klar, dass Österreich nicht verbissen um sei-

nen Außenposten ringen würde. Dennoch war die oft bezeugte Anhänglichkeit an das altehrwürdige Haus Habsburg im Hegau wohl wie in ganz Schwäbisch-Österreich und im Breisgau echt. Die Untertanen trennten sich nur ungern von ihrer habsburgischen Herrschaft, die einerseits Größe und Fortschritt, andererseits aber auch Würde und Milde ausstrahlte, was zeitweise sogar die benachbarten Reichsstände und die Franzosen anerkannten. Offenen Widerstand gab es aber im Hegau zunächst nirgendwo, das Missfallen gegenüber den neuen Herren zeigte sich eher in Passivität. Die Übernahme der Landgrafschaft durch Württemberg erfolgte denn auch meist recht reibungslos. So rückten die Württemberger beispielsweise am 7. Januar 1806 mit 100 Soldaten in Singen ein. Am 8. Januar verpflichtete der württembergische Landeskommissar Mohl den Singener Obervogt Müller, und nun waren die Singener eben württembergisch. Am 2. Juni 1806 übergab dann der französische Kommissar General Firion die Landgrafschaft Nellenburg nochmals offiziell an den württembergischen Generallandeskommissar Freiherrn von Reischach. Es war Napoleon wichtig, dass seine Verbündeten die eroberten Gebiete aus seiner Hand als seine Kriegsbeute erhielten, damit ihnen bewusst blieb, wem sie das alles zu verdanken hatten.

Dieser Teil der Geschichte war noch recht unspektakulär, doch bald ging es drunter und drüber im Hegau. Schon im Dezember 1805 hatte Friedrich II. von Württemberg ein Patent erlassen, wonach er die Reichsritterschaft in und an seinen alten und neuen Landen mediatisieren, also seiner Landesherrschaft unterwerfen, werde. Diesen Schritt unternahm Friedrich, obwohl das Reich, dessen Recht die Reichsritterschaft eigentlich schützte, formal immer noch bestand. Er konnte diesen Schritt aber gehen, weil ihn Napoleon darin unterstützte. Dieser erlaubte die Zerschlagung der Reichsritterschaft wegen ihrer Treue zu Österreich, obwohl sie gar nicht am Krieg von 1805 gegen Frankreich teilgenommen hatte. Durch die Zerschlagung der Reichsritterschaft erhoffte sich Napoleon eine zusätzliche Schwächung des Kaisers. Er hatte erkannt, dass zur Beseitigung der österreichischen Herrschaft in Südwestdeutschland nicht nur die österreichischen Territorien, sondern auch die österreichische Klientel beseitigt werden musste. Ihm war bewusst, dass die jahrhundertelange Herrschaft der Habsburger in Schwaben eben auch auf der habsburgischen Klientel beruhte. Baden war zunächst zögerlicher gegenüber den Reichsrittern, doch als Friedrich loslegte, wollte Baden nicht untätig bleiben und bot den Württembergern Paroli.

Besonders im Hegau begann um die Jahreswende 1805/06 ein unwürdiges Rennen um fast jedes Dorf zwischen Baden und Württemberg. Unstrittig war nur, dass die ehemals unmittelbar österreichischen Gebiete mit ihrem Kerngebiet um Stockach sowie Aach, Radolfzell und Singen mit Mühlhausen an Württemberg fallen sollten. Doch was gehörte sonst noch zur Landgrafschaft Nellenburg, »so wie sie der Kaiser besaß«, wie es im Friedensvertrag von Pressburg hieß? Württemberg berief sich als Rechtsnachfolger Österreichs nun auch auf das Epavenrecht und beanspruchte die Landeshoheit sowie die Einkünfte aus den geistlichen Besitzungen, die zu Nellenburg gehörten und die 1803 badisch geworden waren. Die württembergische Übernahme der umstrittenen ehemals geistlichen Gebiete der Klöster Petershausen und Salem im Nellenburgischen ging zunächst weitgehend problemlos vonstatten. So besetzte Württemberg bald die Herrschaften Münchhöf und Hilzingen. Sogar auf die im Nellenburgischen gelegenen Teile des Hochstifts Konstanz und der Deutschordenskommende Mainau erhob Württemberg nun Ansprüche.

Friedrich war da nicht zimperlich. Er wies seine Besitznahme-Kommissare zu äußerster Härte an, und jene Kommissare, über die bei ihm keine Beschwerden einliefen, hielt er für unfähig. So prägten die Franzosen bald den Spruch: »Wenn er so weiter macht, kommt Friedrich mit seinen Erwerbungen noch bis Hamburg.« Nun, bis Hamburg ist er nicht ganz gekommen, aber einen Großteil der Hegauer Reichsritterschaft sicherte er sich doch. Binningen, Weittringen, Dachtlingen, Gottmadingen, Steißlingen und Eigeltingen um nur einige Ortschaften

zu nennen, fielen so auch an Württemberg. Lediglich ein Teil der Besitzungen der Freiherren von Bodman auf dem Bodanrück ging an Baden. Allerdings wurden die Reichsritter nur mediatisiert, also einer neuen Landeshoheit unterstellt. Ihren persönlichen Besitz, ihre Ländereien und etliche Vorrechte konnten sie in die neue Zeit hinüber retten.

Württemberg fasste die neu erworbenen Gebiete im Hegau im Oberamt Stockach zusammen. Das Oberamt Stockach wurde zunächst Tuttlingen, ab dem 1. Dezember 1806 dem Kreis Rottweil zugeordnet. Doch die Streitigkeiten im Hegau zwischen Baden und Württemberg nahmen kein Ende und nach anfänglich eher defensivem Verhalten ging Baden bald in die Offensive. Die ehemals geistlichen Gebiete im Nellenburgischen, wie Hilzingen, Münchhöf und das Hochstift Konstanz, die der Großherzog 1803 erhalten hatte, ließ er sich nicht so einfach wieder wegnehmen. Im Frühling 1806 musste sogar französisches Militär eingreifen, um die Situation im Hegau zu deeskalieren. Zu den Auseinandersetzungen über einzelne Ortschaften kamen bald auch Zollstreitigkeiten hinzu. Allerdings waren die Querelen im Hegau nur »Peanuts« im Vergleich zu dem, was damals im alten Reich sonst noch geschah. Napoleon ging nämlich nun daran, dieses ehrwürdige Reich endgültig zu zerschlagen. Das Reich war nach dem Frieden von Pressburg de jure noch nicht aufgelöst, de facto bestand es aber schon nicht mehr, was sich auch an der Mediatisierung der Reichsritterschaft im Hegau und im übrigen Schwaben Anfang 1806 zeigte, die der habsburgische Kaiser schon nicht mehr verhinderte.

Die süddeutschen Herrscher wollten nach dem Frieden von Pressburg den Reichsverband zunächst durchaus nicht auflösen, garantierte er ihnen doch große Selbständigkeit und Schutz. Doch Napoleon drückte im Sommer 1806 aufs Tempo. Er forcierte am 12. Juli 1806 die Unterschrift von 16 deutschen Staaten, darunter Baden, Württemberg und Bayern unter die Rheinbundakte, die im Wesentlichen ein unkündbares Militärbündnis mit Frankreich war. Die neuen Mitglieder des Rheinbunds erklärten dem Reichstag am 1. August 1806 ihren Austritt aus dem Reichsverband. Kaiser Franz II. zog am 6. August 1806 daraus seine Konsequenz und ließ erklären, dass er die Reichskrone niederlege. Völlig unspektakulär war das alte Reich damit für immer erloschen.

Neue Gebietsgewinne

Mit dem Beitritt zum Rheinbund wurde Baden zum Großherzogtum erhoben. Außerdem erhielt der neue französische Sicherheitswall am Oberrhein nochmals bedeutende Gebietsgewinne aus Mediatisierungen, darunter einen Großteil des Fürstentums Fürstenberg mit der Herrschaft Hewen rund um Engen. Auch die Gefürstete Grafschaft Tengen der Fürsten von Auersperg fiel an Baden. Allerdings wurden diese Herrschaften »nur« mediatisiert, d. h. der badischen Landeshoheit unterstellt. Ihren persönlichen Besitz durften die Fürstenberger und Auersperger behalten. Die neuen badischen Standesherren genossen auch noch viele Vorrechte. Dadurch hatten etwa die Engener noch lange eine besondere Beziehung zu den Fürstenbergern nach Donaueschingen, die in politischer Hinsicht sogar bis 1848/49 andauerte. Baden erhielt außerdem von Württemberg die Grafschaft Bonndorf und die Städte Villingen und Bräunlingen, dafür musste Baden nur Biberach an Württemberg abgeben. So wurde Baden zu einem großen Gewinner der Rheinbundgründung. Außerdem wurden damit neue württembergische Exklaven im Badischen vermieden. Es blieb aber das Problem der badischen Exklaven am Bodensee – ein Problem, das Baden noch viele Jahre beschäftigen sollte.

Mit der Gründung des Rheinbundes schuf Napoleon einen Gürtel souveräner Pufferstaaten im Vorfeld des Rheins, zunächst gegen Österreich, später auch gegen Preußen. Die umfangreichen Mediatisierungen im Zuge der Rheinbundgründung sorgten nochmals für eine enorme Herrschaftsverdichtung im deutschen Südwesten. Die territorialen Fragen in Süddeutschland waren damit prinzipiell geklärt und der beschleunigte Prozess der Herrschaftsverdichtung weitgehend abgeschlossen. Der »Glacisstaat« Baden, Frankreichs Sicherheitswall entlang der Ober-

rheingrenze, war vergleichsweise klein und nur noch etwa halb so groß wie Württemberg. Immerhin war Baden seit 1803 von 3500 qkm auf 14 000 qkm und von 170 000 auf über 900 000 Einwohner angewachsen, blieb aber von Anfang an ein schwacher Staat und hatte mit enormen finanziellen Schwierigkeiten und Integrationsproblemen zu kämpfen. So waren nun plötzlich zwei Drittel der Bevölkerung katholisch, eine große Herausforderung für das protestantische badische Herrscherhaus. Mehrfach griff Napoleon direkt in Baden ein, forderte energisch Reformen und drohte dem Land sogar mit Annexion. Die Schwäche des badischen Staates blieb trotz aller Reformversuche eine Herausforderung das ganze 19. Jh. hindurch. Der Rheinbund selbst blieb hingegen weitgehend ein unkündbares Militärbündnis souveräner Staaten mit Frankreich. Baden etwa hatte für alle künftigen Kriege Napoleons nun ein Kontingent von 8 000 Mann zu stellen. Vor allem Bayern und Württemberg pochten aber auf ihre Souveränität. Sie waren durch die Arrondierungen zwar zu Komplizen Napoleons geworden und blieben seine natürlichen Partner, aber eine von Napoleon anfangs durchaus gewünschte Ausgestaltung des Rheinbundes über ein Militärbündnis hinaus gelang aufgrund ihres Widerstands nicht.

Dennoch wurde in den Rheinbundstaaten ein durchaus beachtliches Reformprogramm umgesetzt. Die Rheinbundreformen, lange hierzulande von der preußisch dominierten Geschichtsschreibung verkannt, gelten heute als wichtige Meilensteine auf dem Weg zur Modernisierung Deutschlands. Im Mittelpunkt der Reformen standen schon wie im aufgeklärten Absolutismus Militär und Verwaltung. Bei den Reformen ging Baden anfangs eher behutsam vor. Vor allem der Adel wurde zunächst sehr geschont. Der württembergische König Friedrich I. ging da wieder einmal deutlich rabiater zur Sache. Den mediatisierten Adel, auch den des Hegau, zwang er in seine Dienste, verlangte dessen konsequente Trennung vom Wiener Hof und setzte die Besteuerung des Adels auch viel strikter als Baden durch. Kein Wunder also, dass sich bei den Adeligen des Zentralhegau, wie Graf Franz II. Joseph von Enzenberg aus Singen, ein gewisser Frust einstellte, wenn sie ihr Schicksal mit jenem ihrer Standesgenossen verglichen, die unter badische Herrschaft gekommen waren.

Doch nicht nur bei den Adeligen kochte es. Auch zwischen Baden und Württemberg gingen die Streitigkeiten nach 1806 weiter. Baden musste mehrfach gegen Württemberg wegen dessen aggressiver Expansionspolitik in Schutz genommen werden. Der Zollstreit eskalierte schließlich 1808 so sehr, dass der Handel zwischen beiden Staaten fast zum Erliegen kam. Immerhin wurde in einem Territorialberichtigungsvertrag vom 31. Dezember 1808 ein Kompromiss gefunden und die endgültige Aufteilung der Dörfer im Hegau vorgenommen. Württemberg verzichtete darin auf die in der ehemaligen Landgrafschaft Nellenburg liegenden Gebiete des Hochstifts Konstanz und der Deutschordenskommende Mainau sowie der fürstenbergischen Herrschaft Hewen. Dafür wurde Württemberg die Herrschaft über Münchhöf, das Amt Sernatingen (heute Ludwigshafen am See) und das Dorf Stahringen zugesprochen. Im Gegenzug erhielt Baden die Herrschaft über Hilzingen bestätigt und das Dorf Schlatt a. R. zugeteilt. Aufgrund der vorhergehenden Zollstreitigkeiten garantierte der Vertrag auch, dass der württembergische Warenverkehr auf der wichtigen Schaffhauser Straße für den Transit zwischen Singen und Gottmadingen über badisches Gebiet zollfrei blieb. Württemberg hatte so einen zollfreien Zugang zur Schweiz gefunden. Mit diesem Kompromiss hätte also ein badisch-württembergisch geteilter Hegau Bestand haben können. Doch wieder einmal kam alles anders.

Ursache war ein neuerlicher Krieg, der im Frühjahr 1809 zwischen Frankreich und Österreich ausbrach. In Folge dieses Krieges erhoben sich die Tiroler und Vorarlberger gegen ihre neue bayerische Herrschaft. Einige Aufständische aus Vorarlberg stießen zu Aktionen gegen die Bayern sogar über den Bodensee bis in den Hegau vor. Hier trafen die Aufständischen auf Zustimmung, denn auch im Hegau war die neue württembergische Herrschaft nicht sehr beliebt. Über den Frust des Adels haben wir bereits gesprochen, doch auch das gemeine Volk war von den Württembergern wenig begeistert. Als Württemberg in Stockach Rekruten für den Krieg

gegen den alten Landesherrn ausheben wollte, brachte dies das Fass zum Überlaufen. Noch immer gab es im Hegau eine bemerkenswerte Treue zum Haus Habsburg. In Stockach verweigerten schließlich Hegauer Rekruten am 7. und 8. Juli 1809 den Gehorsam. Dies war der Auftakt zum sog. Nellenburger Aufstand. Weitere Hegauer stürmten nach Stockach, brachten die württembergischen Beamten in ihre Gewalt und misshandelten sie. Bald aber rückte reguläres württembergisches und badisches Militär in den Hegau und schlug den Aufstand nieder. Die Aufstände in Tirol und im Hegau hatten auf den Ausgang des Krieges aber keinen Einfluss. Wieder einmal siegte Napoleon und drückte Österreich im Frieden von Schönbrunn vom 14. Oktober 1809 zu einer Mittelmacht herunter.

Von den Aufständen in seinen Rheinbundstaaten war Napoleon jedoch wenig begeistert. Seit dem Ausbruch des Guerillakrieges in Spanien 1808, den Napoleon nicht in den Griff bekam, musste er erkennen, dass Volksaufstände seine Herrschaft über Europa ernsthaft bedrohen konnten. So sollten mögliche Aufstände in Mitteleuropa schon im Keim ersticken werden. Eines der Konzepte Napoleons zur Vermeidung von Aufständen war die Übergabe bisher aufständischer Gebiete an neue Herren. Nach dem gewonnenen Krieg von 1809 ging Napoleon daher ein letztes Mal daran, die Landkarte in Deutschland neu zu gestalten.

1810: Der Zentralhegau wird badisch

Bayern, das 1809 im Frieden von Schönbrunn von Österreich im Salzburgischen Gebiete gewonnen hatte, musste dafür die Unruheprovinz Südtirol 1810 an das Königreich Italien abtreten. Um den ewig nörgelnden König Friedrich I. von Württemberg zufrieden zu stellen, erhielt er von Bayern in einem Vertrag vom 18. Mai 1810 etliche Städte und Dörfer im Osten seines Landes vom Bodensee bis ins Hohenlohische. Die ehemaligen Reichsstädte Buchhorn (das heutige Friedrichshafen) und Ulm gelangten so an Württemberg. Außerdem wurden auch etliche Exklaven bereinigt. Württemberg wiederum musste im Pariser Vertrag vom 2. Oktober 1810 Gebiete mit 45000 Einwohnern an Baden abtreten. Diese umfassten neben der Unruheprovinz des Oberamtes Stockach auch die Herrschaften Hornberg und St. Georgen sowie Stetten am kalten Markt.

Allerdings wurden aus den vorangegangenen Zollstreitigkeiten auch Lehren gezogen. Baden durfte die Zölle auf den Handelsstraßen von Tuttlingen über Engen nach Schaffhausen und von Meßkirch nach Stockach und Radolfzell nicht einseitig erhöhen. Die günstige Handelsverbindung für Württemberg durch den Hegau in die Schweiz blieb so bestehen und damit konnte Friedrich den Verlust Nellenburgs zumindest besser verschmerzen. Für Baden aber war der Erwerb Nellenburgs wahrlich ein großes Glück, denn die Exklavenlage der badischen Gebiete am Bodensee war nun endlich beseitigt. Indirekt haben aber auch die Hegauer wohl durch ihren Aufstand zum Herrschaftswechsel beigetragen. Trotz der Unzufriedenheit mit den Württembergern verlief auch der neuerliche Herrschaftswechsel im zentralen Hegau sehr unspektakulär. Am 11. November 1810 wurde in Stuttgart ein Patent erlassen, das die Singener ihrer Verpflichtungen gegenüber dem württembergischen König entband und sie ihrem neuen Herrn, dem Großherzog Karl Friedrich von Baden zuteilte. Das war alles – großer Jubel war nirgendwo zu vernehmen. Das Stockacher Oberamt selbst wurde am 23. November 1810 feierlich vom württembergischen Kommissär Mohl an den badischen Bevollmächtigten und Kreisrat Josef von Chrismar übergeben.

Obwohl die württembergische Herrschaft recht unbeliebt war, gab es zunächst auch für die neue badische Herrschaft keine große Begeisterung. Zu schwer waren die Jahre nach 1810 für die Bevölkerung, als dass der neue Landesherr die Zentralhegauer gleich zu begeisterten Badenern hätte machen können. Was der badische Großherzog forderte, waren hohe Abgaben und immer wieder Rekruten für die Kriege Napoleons in Spanien, in Russland und in Mitteldeutschland.

Neben Rekruten forderte der badische Staat auch immer höhere Abgaben, um die ständig wachsenden Kriegsausgaben decken zu können. Die ersten Jahre im Badnerland waren also für die Singener und die anderen Hegauer wahrlich alles andere als glücklich. Immerhin durfte der Adel des Zentralhegau zunächst ganz zufrieden gewesen sein, dass er nun zu Baden kam, galt dieses doch als viel adelsfreundlicher als der despottische württembergische König. Doch auch Baden nahm dem Adel 1813 die Patrimonialgerichtsbarkeit ab und bald lagen die Adeligen eben nun mit Karlsruhe statt mit Stuttgart im Clinch. Allerdings blieben die badischen Großherzöge doch immer ein bisschen freundlicher im Umgang mit dem mediatisierten Adel als der rücksichtslose Friedrich.

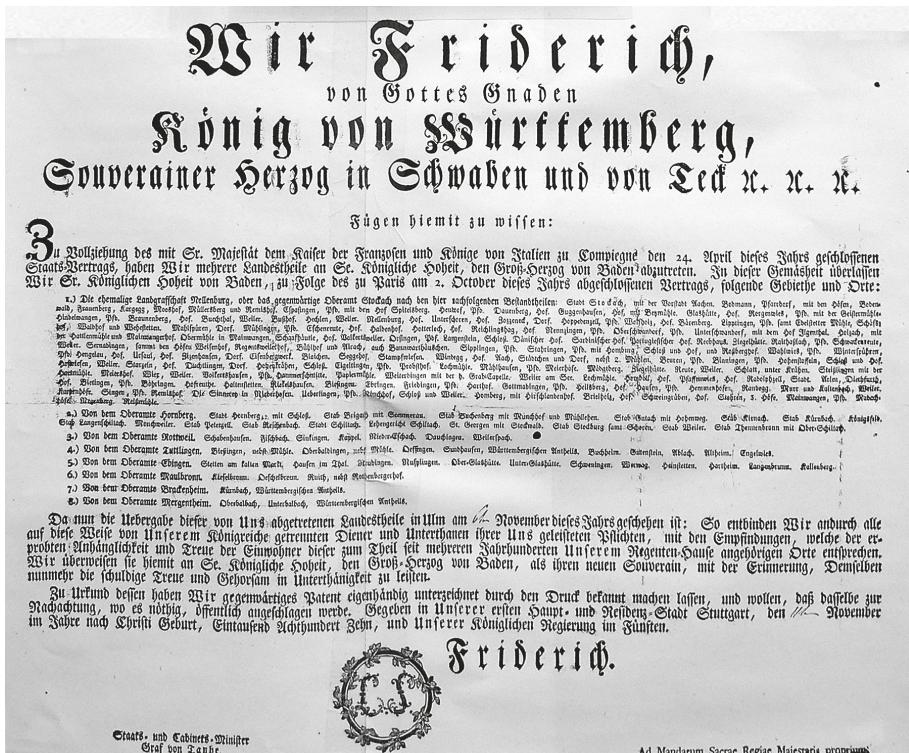
Nun denn, Streitigkeiten mit dem Adel hin oder her – kein Gebietsverlust ohne Verwaltungsreform. Schon 1809 hatte Baden eine große Reform durchgeführt, welche das Land nach französischem Vorbild in einer dreigliedrigen Verwaltung fasste. Der ministeriellen Zentrale in Karlsruhe unterstanden nun die zehn neuen Kreise, die den französischen Départements nachempfunden waren. Die badischen Gebiete am Bodensee wurden im Seekreis mit dem Direktoriumssitz in Konstanz zusammengefasst. Dem Kreisdirektorium unterstanden die Bezirksamter, die den heutigen Landratsämtern entsprechen. Im Hegau gab es nach 1813 die badischen Bezirksamter Blumenfeld, Engen, Radolfzell, Stockach und Konstanz. Den Bezirksamtern waren schließlich die Gemeinden untergeordnet, denen zunächst jegliche Selbstverwaltung genommen wurde.

Bei der Neueinteilung der Kreise und Bezirksamtsgebiete wurde keine Rücksicht mehr auf historische Beziehungen genommen. Durch die Umorganisation wurden alte historische Einheiten zerschlagen und Baden stattdessen nach französischem Vorbild zentralistisch von oben nach unten gegliedert. Die alte österreichische Landgrafschaft Nellenburg war nun endgültig aufgelöst. Doch auch die napoleonische Herrschaft begann sich 1813 aufzulösen.

Das Ende der napoleonischen Herrschaft

Kritisch wurde die Situation für den Rheinbundstaat Baden nochmals nach dem Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft in Deutschland nach der Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813, in der badische Soldaten noch treu an der Seite der Franzosen kämpften. Der seit 1811 regierende badische Großherzog Karl schaffte aber am 20. November 1813 noch so rechtzeitig den Wechsel in das Lager der Alliierten Preußen, Österreicher, Russen und Engländer, dass er sich den Weiterbestand seines Landes nach dem Sieg über Napoleon für den Übertritt in die anti-napoleonische Koalition – zunächst allerdings nur bedingt – zusichern lassen konnte.

Die nun folgenden sogenannten »Befreiungskriege«, in denen Baden an der Seite der Alliierten gegen Napoleon kämpfte, brachten erneut schweres Leid über den Hegau. Baden formierte für den Kampf gegen Frankreich neben der regulären Armee nach preußischem Vorbild seit Dezember 1813 zusätzlich noch 12 Landwehrbataillone. Aber man war der vielen Kriege nun endgültig müde – in ganz Baden und auch im Hegau. Eine breite Begeisterung für die »Befreiungskriege« hat es in Süddeutschland nicht gegeben, wie neuere Forschungen, etwa von Prof. Ute Planert zeigen. Die deutsche Nation, für die in den Befreiungskriegen angeblich gekämpft werden sollte, war am Anfang des 19. Jh. nur das theoretische Konstrukt einiger weniger vorwiegend preußischer Intellektueller. Auch der Aufruf des badischen Großherzogs am 12. Februar 1814 an seine Bevölkerung zum Landsturm, der alle waffenfähigen Männer zwischen 17 und 60 Jahren umfassen sollte, die nicht in der Armee oder der Landwehr dienten und der zur Landesverteidigung gegen Frankreich gedacht war, löste im Hegau keine Begeisterungsstürme aus. Einige sprachen sogar von einem »Kasperltheater«. Immerhin wurden die Sonntage, an denen der Gebrauch der Waffe geübt werden sollte, auch gerne zum anschließenden intensiven Wirtshausbesuch genutzt, um dessen Folgen sich wieder die Obrigkeit kümmern zu können.



Abtretungspatent des Königreichs Württemberg an das Großherzogtum Baden vom 11. November 1810

merte. Dennoch erlebten die Hegauer in jenen Jahren auch erfreulichere Momente. 1814 etwa reiste der ehemalige Nellenburgische Landesherr Kaiser Franz I. von Österreich durch den Hegau und wurde hier begeistert empfangen. Diese Begeisterung nahm Baden mit großer Skepsis zur Kenntnis, war doch die Anhänglichkeit an die Habsburger im Hegau wie auch im restlichen ehemaligen Schwäbisch-Österreich um 1814/15 noch sehr groß. Glücklicherweise für den badischen Großherzog war ihm bei seinem Übertritt zur antifranzösischen Koalition aber zugesichert worden, dass sein Land von Napoleons Gnaden auch nach dessen Untergang erhalten bleiben sollte. Auf die Wünsche der Untertanen wurde dabei keinerlei Rücksicht genommen. Durch die gemeinsamen Anstrengungen von Österreich, Preußen, Russland und England, aber auch der Württemberger und Badener wurde Napoleon schließlich bis im Juni 1815 endgültig niedergerungen. Eine Epoche ging damit zu Ende.

Was kommt nach Napoleon? – Der Wiener Kongress

Nun stellte sich für die europäischen Großmächte, deren Gesandte schon 1814 auf einem großen Kongress in Wien zusammentreten, die Frage einer stabilen Nachkriegsordnung. Wichtig für die zukünftige Friedenssicherung war v. a. die politische Gestaltung der Mitte Europas. Hier wurde schließlich der Deutsche Bund als lockerer Staatenbund und reines Defensivbündnis geschaffen. Der Wiener Kongress setzte aber auch die Prinzipien der territorialen Arrondierung und Rationalisierung durch. So gab es im Süden des Reiches keinen Versuch, die territoriale

Situation vor der »Napoleonischen Flurbereinigung« wieder herzustellen. Baden und Württemberg behielten ihre Gewinne aus der Rheinbundzeit. Sie konnten sich erneut auf den wichtigen Rückhalt Russlands stützen. Gerade auf den Erhalt Badens legte Zar Alexander I. besonderer Wert. Entscheidend für den Verbleib des Hegau bei Baden war aber auch die Haltung Österreichs. Der Wiedergewinn der Vorlande für Österreich war aufgrund der Verträge, die den Abfall Badens und Württembergs von Napoleon besiegt hatten, nicht ohne schwer zu realisierende Kompensationen in Südwestdeutschland möglich. Deshalb zielte die Wiener Politik 1814/15 v. a. auf eine Arrondierung der Kerngebiete des Habsburgerreichs. Die österreichische »Militärpartei« hatte sich innenpolitisch durchgesetzt. Sie wollte keine schwer zu verteidigenden Außenposten in Schwaben und keine gemeinsame konflikträchtige Grenze zu Frankreich mehr. Habsburg gab damit 1814/15 seine traditionellen Bindungen in den süd-schwäbischen Raum auf, in dem seine mittelalterlichen Wurzeln lagen. Viel höher im Kurs als die treuen Schwaben stand nun in Wien ein kompakter und leichter zu verteidigender Machtstaat.

Das Vermächtnis Napoleons

Die Bestätigung der napoleonischen Flurbereinigung auf dem Wiener Kongress zementierte auch die Zersplitterung des schwäbischen Raumes. Die drei Staaten Baden, Württemberg und Bayern herrschten nun über das schwäbische Gebiet, das seine gemeinsame Geschichte bald vergaß, nachdem sich schon lange davor die südschwäbischen Gebiete als Eidgenossenschaft und später das Elsass separiert hatten. Mit der Übernahme der ehemaligen Landgrafschaft Nellenburg durch Baden begann die historische und mentale Herauslösung des Hegau aus Schwaben. Während sich Württemberg den Großteil des alten Schwäbisch-Österreich und Oberschwabens sicherte und nun im Kern Schwabens alleine regierte, musste sich der Hegau neu orientieren. Alte Verbindungen zerbrachen und neue traten an ihre Stelle. Eine spannende Frage bleibt, ob die historischen »schwäbischen« Verbindungen des Hegau in einem neuen Europa der Regionen rund um den Bodensee wieder stärker hervortreten werden.

Das Friedrich-Hecker-Gymnasium Radolfzell ehrt Friedrich Hecker¹

Von Heinrich Harter, Radolfzell

In der »Frankfurter Zeitung« stand 1881 folgender Nachruf: »Jetzt ist der Alte todt. Im deutschen Volke wird er ewig leben, denn er war im vollsten Sinne des Wortes das, was man nur von wenigen sagen kann: ein Liebling des Volkes.« In Baden musste man lange Jahre danach niemandem erklären, wer Friedrich Hecker war.

Geboren wurde er 1811 in Eichtersheim in Baden. Nach Studium und Promotion zum Doktor juris wurde er 1842 Abgeordneter der II. Badischen Kammer. Der junge Jurist machte dank seiner glänzenden Rednergabe rasch auf sich aufmerksam. Sein Äußeres tat ein übriges: »Prachtvoll, männlich, begabt mit faszinierender Wirkung auf die Menge, der geborene Führer, der geborene Held – in einer Welt gemütlicher Spießerei«, so charakterisierte ihn ein zeitgenös-

¹ Vortrag am 23. April 2007 in der Aula des Friedrich-Hecker-Gymnasiums in Radolfzell anlässlich des Besuchs der Familie Hecker aus Amerika